

Nur kleine Lösung am Burgberg

Extreme Straßenneigung verhindert Verbesserungen bei Grundstückseinfahrten

Donaustauf. Die sehr steilen und engen Straßenverhältnisse rund um den Burgberg lassen oft nur Kompromisse statt ideale Lösungen für den Verkehr zu. Bei der Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag (siehe auch untenstehenden Bericht) diskutierten die Räte über mögliche Änderungen in der Burgstraße, Höhe Anwesen 34. Bereits 2012 hatte der damalige Gemeinderat Karl Schützmeier gefordert, Ausweichmöglichkeiten sowie verbesserte Zufahrten zu den dortigen Anwesen zu schaffen. Nach dem Vortrag des Ingenieurs Raab vom Planungsbüro Lehner in Parsberg wurde jedoch deutlich, dass es nur eine kleine Lösung geben wird.

Die Burgstraße zieht sich mit starker Steigung und unterschiedlichen Straßenneigungen den Burgberg hinauf. Etwa in der Mitte sollte laut Planungsauftrag eine Aufweitung des linken Fahrbahnrandes, die Verbesserung der Zufahrten zu den Anwesen 26, 26a, 28 und 30 sowie die Schaffung eines KFZ-Stellplatzes und einer Abstellfläche für Mülltonnen untersucht werden. Planer Raab machte unmissverständlich klar, dass es die extreme Straßenneigung von 9,5 Prozent in dem betreffenden Bereich unmöglich mache, mit sinnvollem, also bezahlbarem Aufwand eine zufriedenstellende Lösung zu schaffen.

Gefahr für Fußgänger

Man könne zwar die Straße schon ab etwa 20 Metern im Vorlauf um rund 7,5 Zentimeter anheben, um dann im fraglichen Bereich den Einschnitt zwischen Straße und den dortigen Hanggrundstücken auszugleichen. Das wäre aber mit einem enormen finanziellen Aufwand verbunden und würde keine Lösung für die ebenfalls geforderten Verbesserungen der Zufahrten zu den Anwesen bringen. Im Gegenteil: „Wenn wir hier irgendetwas an einer Stelle verbessern wollen, verschlechtern wir es automatisch an einer anderen“, erklärte der Fachmann. Vor allem für Fußgänger wäre eine zu starke Neigung, wie sie die Aufschüttung der Trasse mit

sich bringen würde, eine echte Gefahr, so Raab.

Die Diskussion wogte hin und her zwischen der Erkenntnis, dass man dem Urteil des Fachmannes Glauben schenken müsse (Martin Sendlbeck, Jürgen Sommer) und der Forderung nach einem Ortstermin, um sich das Ganze besser vorstellen zu können (Ursula Hildebrand). Letztendlich folgte das Gremium dem Vorschlag des Bürgermeisters, dass man eine kleine Lösung anstreben wolle, die eine Verbreiterung der Fahrbahn in der betreffenden Kurve, einen Autostellplatz und eine Stellfläche für Mülltonnen schaffen werde – und zwar noch in diesem Sommer. Den Wünschen der Anwohner, die zum Teil unter dem gut 20-köpfigen Publikum im Sitzungssaal vertreten waren, nach verbesserten Zufahrten zu ihren Häusern werde man aber aus naheliegenden Gründen nicht entsprechen können. Es gab keine Gegenstimmen gegen diesen Beschluss.

Vorhaben im Außenbereich zugestimmt

Ebenfalls einstimmig wurde dem Antrag auf Erteilung eines Vorbescheides über die Errichtung eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage an der Ludwigstraße stattgegeben. Zwar entspann sich eine Diskussion, weil das Vorhaben im Außenbereich liegt und es sich um eine bewaldete Fläche handle. Da aber ringsherum schon eine ähnliche Bebauung bestehe, spreche nichts gegen das Vorhaben. Allerdings muss der Bauwerber dafür sorgen, dass die Wasserversorgung dort gesichert ist. Einen Anschluss gibt es nämlich bislang nicht.

Die Entwurfsplanung für die Erweiterung der Kinderkrippe „Burgzwergerl“ wurde gegen die Stimme von Brigitte West beschlossen. West hatte ursprünglich einen Anbau in nördlicher Richtung gefordert, dieser wird nun aber im Westen stattfinden, weil sich die Genehmigungsbehörde gegen eine nördliche Erweiterung ausgesprochen hatte. Was nicht beschlossen werden konnte, war die dazugehörige



Das Luftbild zeigt das Grundstück in der Ludwigstraße (bewaldet und eingeraht), für das ein Vorbescheid auf Errichtung eines Einfamilienhauses samt Doppelgarage befürwortet wurde. Weil es dort keinen Wasseranschluss gibt, wurde die Einrichtung eines solchen dem Bauwerber als Auflage erteilt. (Foto: Gemeinde Donaustauf)

Kostenschätzung. Sie lag der Beschlussvorlage nicht bei, weshalb die Billigung in der nächsten Sitzung erfolgen soll. Gegen die Stimme von Johann Sauerer verabschiedete das Gremium den Beschluss über die Anmeldung von Maßnahmen für das Projekt „Kulturachse Ost“.

Zusammen mit den Gemeinden Althann und Brennbach soll eine touristische Erschließung mit kulturellem Hintergrund geschaffen werden. Als mögliche Teilprojekte wurden auf Vorschlag der Verwal-

tung die Burgruine, der Chinesische Turm samt Fürstengarten und Busparkmöglichkeiten im Bereich der Schiffsanleger eingereicht. Im Baugelände „Altdorfer Straße“ wird eine neu zu benennende Straße den Namen „Martin-Luther-Straße“ erhalten. Gegen die Stimme von Ortsheimatpfleger Jenő Mihályi, der stattdessen ehemalige Donaustauer Bürger als Namensgeber angeregt hatte (Josef Altheimer, Otto Gebhard) wurde die Benennung beschlossen. –mox–

Lektorentreffen

Sünching. Das alljährliche Lektorentreffen findet am Mittwoch, 8. März, um 19 Uhr im Gasthaus Englberger statt. Hierzu sind alle Bürger willkommen, die in der Kirche die gottesdienstliche Lesung vortragen möchten.

Freunde der Blasmusik

Donaustauf. Am Samstag, 18. März, findet um 20 Uhr in der Sportgaststätte Donaustauf die Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen statt. Anträge zur Tagesordnung können bis 11. März beim ersten Vorsitzenden Werner Fleischmann eingereicht werden.

Licht ins Dunkel der Denkmalpflege bringen

Referentin stellte Kommunales Denkmalkonzept vor – Entscheidung demnächst

Donaustauf. Ob es nun schon einen Beschluss aus der November-Sitzung des Gemeinderates zur Erstellung eines Denkmalkonzeptes gibt, wie Brigitte West bei der Sitzung am Donnerstagabend behauptete, oder ob es diesen Beschluss in einer der nächsten Sitzungen geben wird: Tatsache ist, dass die Gemeinde Donaustauf irgendein Instrument der städtebaulichen Denkmalpflege braucht. Schließlich hatte das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege (BLfD) im Herbst gerügt, dass das sogenannte Ensemble angesichts vieler Bausünden nicht mehr in Gänze schützenswert sei – wenn nicht Maßnahmen zum künftigen Schutz der alten Bausubstanz erfolgen sollten. Am Donnerstag stellte Judith Sandmeier vom BLfD als eine Möglichkeit das Kommunale Denkmalkonzept vor.

Im Rahmen eines Gesprächs von Bürgermeister Jürgen Sommer und Verwaltungsmitarbeitern mit Vertretern des BLfD am 21. Dezember 2016 habe sich auf Empfehlung des BLfD-Gebietsreferenten Dr. Schmitt herauskristallisiert, dass die „Erhaltungsbestrebungen im Ensemble“ auf die Grundlage eines kommunalen Denkmalkonzeptes gestellt werden sollten, erläuterte Andreas Putsch von der Bauverwaltung. Anlass für das Gespräch sei die vom BLfD vorgeschlagene „Einkürzung“ des Ensembles gewesen,

die aufgrund zu vieler Bausünden der letzten Jahrzehnte in diesem denkmalgeschützten Bereich gefordert wurde. Daraufhin habe sich die Gemeinde dazu entschlossen, den Auftrag zur Erarbeitung einer Gestaltungssatzung auf Grundlage der 1992 veröffentlichten Gestaltungsfibel durch den Gemeinderat zu vergeben.

Dass zwischenzeitlich noch kein Auftrag vergeben worden sei, sei auf fehlende, genau definierte Vorgaben zurückzuführen, erklärte Putsch. Diesen Mangel könne beispielsweise das Kommunale Denkmalkonzept beheben, das im Anschluss vorgestellt wurde. Judith Sandmeier vom BLfD hat diese Aufgabe übernommen und versprochen, „Licht in das Dunkel“ der Denkmalpflege im Ensemble zu bringen. Die Referentin für städtebauliche Denkmalpflege berichtete, dass sie, zusammen mit zwei Kollegen, ganz Bayern bei diesem Thema betreue. Das Kommunale Denkmalkonzept gebe es seit zwei Jahren, aktuell seien zehn Gemeinden im Freistaat dabei, so Sandmeier.

„Donaustauf hat viele Stärken“

Anhand von Bildern und Daten aus einer dieser Gemeinden, Waldthurn, erläuterte sie die Vorgehensweise. Weil sich Orte immer auf ihre Identität besinnen sollten, seien

nicht etwa die Probleme Grundlage für die Erarbeitung des KDK sondern die positiven Eigenschaften der Gemeinden, erklärte sie. Das Vorgehen erfolge in den drei klassischen Schritten: Problemanalyse – Handlungsbedarf – Störungen beseitigen. „Donaustauf hat eine ganze Menge an Stärken“, sagte Sandmeier und sprach von „Denkmälern in großer Dichte“. Es gelte allerdings nicht nur, Denkmäler zu erfassen, sondern auch die sie umgebende Infrastruktur. Etwa Wegeverbindungen, Leerstände, Übernutzung und ein Baurecht, das dem Denkmalwert widerspreche, stellen die häufigsten Konflikte dar.

Bürger sollen Ideen beisteuern

Unter Beteiligung von Politik, Verwaltung und Fachbehörden aber auch unter Zuhilfenahme von Anregungen der Bürger – hier nannte Sandmeier insbesondere das Bürgerforum als möglichen Lenkungs-kreis – sollten, eine entsprechende Entscheidung des Gemeinderates vorausgesetzt, ein Leistungsverzeichnis erstellt, die eventuelle Auftragsvergabe an Ingenieur- und Planungsbüros unterstützt und, wenn nötig, finanzielle Hilfe geleistet werden. Begleitet werde die Erstellung des KDK von wissenschaftlichen Mitarbeitern der Universität Bamberg, sagte Sandmeier. In der

anschließenden Diskussion versicherte Bürgermeister Jürgen Sommer den Gemeinderäten, dass es nicht eile, weil das BLfD die beantragte Einkürzung des Ensembles ruhen lassen werde, bis eine endgültige Entscheidung gefallen sei. Auf Nachfrage von Brigitte West und Bernd Kellermann bezüglich des Vorgehens bei der Bürgerbeteiligung antwortete Sandmeier, dass alle Bürger der Gemeinde aufgerufen seien, ihre Ideen einzubringen und dass man öffentliche Veranstaltungen abhalten werde, bei denen die Bürger sich äußern und informieren könnten. Ansonsten herrschte Konsens über die Fraktionen hinweg, dass man das vorgestellte Konzept in Betracht ziehen sollte. Auf die Frage von Josef Sauerer nach der Dauer bis zur Fertigstellung nannte Sandmeier den Zeitraum von etwa einem Jahr.

Da die Vorstellung des KDK lediglich Kenntnisnahme erforderte und keine Beschlussfassung, kündigte Sommer an, diesen Beschluss über eine eventuelle Vergabe des Auftrags an das BLfD in einer der nächsten Sitzungen fassen zu lassen. Daraufhin behauptete Brigitte West, dass der Beschluss, ein solches Konzept erstellen zu lassen, bereits in der Novembersitzung gefasst worden sei. Das konnte Sommer mangels vorliegender Unterlagen nicht bestätigen, wollte es aber prüfen lassen. –mox–